

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 13. Juli 2026

Nennt ihre Namen! Würdigung von Einsatz für Freiheit, Recht und Demokratie in SBZ & DDR im öffentlichen Raum der Bundesrepublik Deutschland

Arno Esch war der bedeutendste junge liberale Politiker der Nachkriegszeit in der sowjetischen Besatzungszone. Früh erkannte er, dass nur demokratisch aussehen sollte, was die SED komplett in der Hand haben wollte. Und die SED erkannte, dass Arno Esch Menschen zu überzeugen wusste. Am 24. Juli 1951 wurde Arno Esch in Moskau hingerichtet, weil er die SED herausgefordert hatte.

Es dauerte Jahrzehnte, bis bekannt wurde, was mit ihm und vielen anderen in den Anfangsjahren der DDR geschehen war. Die SED-Diktatur war brutal von Anfang an. Die Unterdrückung war Existenzbedingung des Sozialismus. Diejenigen, die wie Jakob Kaiser und Hermann Brill an der Erarbeitung des Grundgesetzes mitwirkten, waren zuvor in den Westen geflohen. Wer wie Arno Esch blieb und sich für Freiheit, Recht und Demokratie engagierte, bezahlte mit seiner Freiheit und seinem Leben.

Arno Esch, Herbert Belter, Wolfgang Natonek, Erwin und Charlotte Köhler oder die Jugendwiderstandsgruppe um die Geschwister Kuhfuß aus Werder/Havel stehen beispielhaft für Schicksale mutiger Demokraten, die sich mit ihrem Engagement der Errichtung der SED-Diktatur entgegenstellten. Ziel und allzu oft Ergebnis stalinistischer Geschichtspolitik war, ihre Namen vergessen zu machen. Diese Menschen verdienen einen bleibenden Platz im kollektiven Gedächtnis unseres Landes.

Der gesellschaftliche Umgang mit der SED-Diktatur zeigt sich gerade auch im öffentlichen Raum. Denn Straßennamen oder die Benennung öffentlicher Einrichtungen und Plätze sind mehr als Verwaltungsakte. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Wertentscheidungen und Formen öffentlicher Würdigung. Sie prägen, welche Personen und historischen Bezugspunkte sichtbar gemacht, geehrt oder kritisch hinterfragt werden.

Viele Betroffene des hunderttausendfachen Unrechts der SED-Diktatur verletzt es, wenn Straßen und Plätze im vereinigten Deutschland teils weiterhin nach Repräsentanten der kommunistischen Diktatur benannt sind. Es geht um Straßennamen oder gedenkende Symbole, mit denen SED-Funktionäre geehrt werden, die direkt für Repressionspolitik stehen, oder solche, die Propagandabegriffe der Einparteienherrschaft der SED-Diktatur wiederholen, oder jene, die Institutionen würdigen, die klar politisches Unrecht ermöglichten. Es geht um die gesellschaftliche Symbolfunktion öffentlicher Ehrungen durch Benennungen.

Historische Auseinandersetzung und öffentliche Ehrung sind zu unterscheiden. Denn Straßennamen dokumentieren nicht nur Vergangenheit. Sie drücken auch aus, wen eine demokratische Gesellschaft heute über Wahrnehmung würdigen und welche Werte sie damit repräsentieren will. Gleichzeitig bieten Straßennamen wenig Raum dafür, Zusammenhänge sichtbar zu machen, da sie in der Regel - beispielsweise auf Briefköpfen - ohne jeden Hinweis auf kritische Hintergründe in der Namensgebung Verwendung finden.

Ein demokratischer Rechtsstaat sollte daher sensibel mit fortbestehenden Ehrungen von Personen, Institutionen oder Symbolen umgehen, die politisches Unrecht in einer Diktatur legitimiert, organisiert oder durchgesetzt haben. Bis heute bestehen weiter zahlreiche Benennungen mit Bezug zu führenden Repräsentanten oder Funktionsträgern des SED-Herrschaftssystems. In den zuständigen Kommunalvertretungen bedarf es eines kritischeren Umgangs mit solchen Benennungen. Wir brauchen mehr Initiativen zur Würdigung derjenigen, die in der DDR Widerstand geleistet haben und zu Opfern politischer Verfolgung wurden.

Neben der kritischen Auseinandersetzung mit belasteten Benennungen verdient die öffentliche Anerkennung von Menschen, die in der DDR für Freiheit, Recht und Demokratie gekämpft haben besonderes Augenmerk. Hierzu hat die SED-Opferbeauftragte gemeinsam mit den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Februar 2026 eine erste beispielhafte Liste geeigneter Namen und Begriffe erstellt. Weitere und zusätzliche Benennungen sollten in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen geprüft werden.

Die Kommunen haben eine erinnerungspolitische Verantwortung und wir wollen sie ermutigen, weiteren auch lokalen Geschichten von Widerstand und Freiheitsstreben in der DDR öffentliche Sichtbarkeit zu verschaffen. Die Benennung von Bildungs- und Lebensorten junger Menschen nach jungen Menschen, denen in der DDR Freiheit und Leben genommen wurden, kann ein besonders starkes Signal sein und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte anregen. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes ist nicht nur eine Frage des Umgangs mit belasteten historischen Benennungen, sondern bietet auch eine Chance zur bewussten demokratischen Erinnerungsgestaltung.